



## / Über die Zukunft des Terminus Neoliberalismus: Eine kritische Auseinandersetzung

Rouven Reinke\*

### Zusammenfassung

Dieser Beitrag fragt nach einer zeitgemäßen Verwendung des Begriffs Neoliberalismus innerhalb der kritischen Wissenschaft. Der Neoliberalismus wird dabei einerseits als polit-ökonomische Theorie und andererseits als ein Bündel von praxispolitischen Maßnahmen und deren gesellschaftlichen Realisierung verstanden. Parallel zu seinem globalen Siegeszug hat sich der Neoliberalismus in der kritischen Wissenschaft aber auch als ein Distinktionsbegriff etabliert, wonach die Zuschreibung neoliberal als politischer und normativer Herabstufungsmechanismus fungiert. Durch die Verwendung des Begriffs Neoliberalismus kann die antagonistische Konfliktstellung in der kapitalistischen Gesellschaftsformation deutlich gemacht werden. Angesichts eines sich wirtschaftspolitisch teilweise abzeichnenden Post-Neoliberalismus erfordert der Rückgriff auf den Terminus Neoliberalismus zukünftig gleichwohl ein hohes Maß an analytischer Klarheit, damit ein kritischer Zugang zu den bestehenden Strukturen in Ökonomie und Gesellschaft gegeben ist.

**Schlagwörter:** Neoliberalismus, Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitik, Antagonismus, Rolle von Wissenschaft

### On the future of the term neoliberalism: A critical examination

### Abstract

This paper examines a contemporary use of the term neoliberalism in critical science. Neoliberalism is not only defined as a political-economic theory, but also a bundle of policy measures and its societal realization. Parallel to its global triumph, neoliberalism has itself established as distinction term in critical science, according to which the word neoliberal acts as political and normative declassification mechanism. Through the use of the term neoliberalism, the antagonistic conflicts of capitalism can be made visible. In view of a partly emerging post-neoliberalism in economic policy, a recourse on the term neoliberalism requires in future, nevertheless, a high level of analytical clarity, so that a critical consideration of the existing structures in economy and society is still given.

**Keywords:** Neoliberalism, Political Economy, Economic Policy, Antagonism, Role of Science



\* Rouven Reinke, Doktorand am Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Universität Hamburg, E-Mail: [rouven\\_reinke@t-online.de](mailto:rouven_reinke@t-online.de)



## 1. Einleitung

Kaum ein Begriff der kritischen Sozialwissenschaften zur Beschreibung ökonomischer, sozialer und politischer Phänomene wird so häufig verwendet wie der Terminus Neoliberalismus. Gerade in den vergangenen drei Dekaden sozialwissenschaftlicher Forschung ist allerdings derartig inflationär und gleichzeitig unreflektiert vom Neoliberalismus gesprochen worden, dass das Konzept des Neoliberalismus durchaus als „oft-invoked but ill-defined“ (Mudge 2008: 703) bezeichnet werden kann. Nicht abzustreiten ist daher, dass der Begriff zusehends eine gewisse Beliebigkeit aufweist, obwohl er unbestritten zu einem „ubiquitous concept in critical discourse“ (Flew 2014: 49) avanciert ist. Gleichzeitig wird die tatsächliche Selbstzuschreibung *neoliberal* von den Unterstützer\*innen und Sympathisant\*innen des Neoliberalismus kaum mehr vorgenommen (Boas/Gans-Morse 2009: 138). Somit scheint es zumindest nicht verwunderlich, wenn der Neoliberalismus einerseits als „fiktionaler Fiebertraum seiner Gegner“ (Biebricher 2021: 7) disqualifiziert und andererseits als Instrument zur Diffamierung der politischen Kontrahent\*innen genutzt wird. Der Neoliberalismus wird in dieser Lesart von seinem eigentlichen theoretischen Kern entkoppelt, sodass immer diffuser wird, was sich hinter dem Schlagwort Neoliberalismus eigentlich verbirgt. Der Terminus ist dann allenfalls eine Chiffre für Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau, Finanzialisierung und Vermarktlichung oder eine „Folie für die aktuellen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse“ (Butterwege et al. 2008: 13f.). Dadurch scheint es durchaus notwendig, die zielgerichtete Verwendung des Begriffes Neoliberalismus innerhalb der (kritischen) Sozialwissenschaften grundsätzlich stärker in den Blick zu nehmen, um dem Vorwurf zu entgehen, mit dem Begriff lediglich ideologisch motivierte und gleichsam undifferenzierte Kapitalismuskritik zu betreiben.

Daneben deuten die Veränderungen der wirtschaftspolitischen Ausrichtungen in Teilen des Globalen Nordens in Form einer Mindestbesteuerung von Unternehmen auf G20-Ebene, gemeinschaftlicher Schulden in der Europäischen Union oder eines umfangreichen Investitionsprogramms von US-Präsident Joe Biden eine zaghafte Abkehr von tradierten Prinzipien wie Steuerwettbewerb oder Austerität an. Die absolute Hochphase des real existierenden Neoliberalismus (Brenner/Theodore 2002) scheint angesichts

dieser politischen Reaktionen auf die verschiedenen Krisenformationen der vergangenen Jahre (Finanzsystem 2008, Eurozone 2010, Corona-Pandemie 2020) daher durchaus vorüber. Entscheidend ist dabei allerdings, was mit dem Neoliberalismus inhaltlich überhaupt gemeint ist und inwiefern seine Theorie politisch aktuell noch wirksam ist. Erst im Anschluss und in Anknüpfung an diese Referenz kann sinnvollerweise darüber befunden werden, ob der Neoliberalismus (wirtschafts-)politisch an ein Ende gelangt ist. Dann wäre eine angepasste Verwendung des Begriffes rein praxispolitisch notwendig.

Die wirtschaftspolitische Dimension des Neoliberalismus stellt allerdings nur eine Facette dar, wenn es um einen sinnvollen sozialwissenschaftlichen Rekurs auf den Neoliberalismus geht. So ist die kritische Wissenschaft in ihrem Selbstverständnis auch Teil der politischen Auseinandersetzung, wo der Bezug auf mehrdeutige, provokante oder normativ aufgeladene Begrifflichkeiten stilprägend ist. In einem postmarxistischen Verständnis ist die politische Sphäre grundsätzlich anhand zweier Begriffe, nämlich der *Politik* und dem *Politischen*, zu differenzieren. Während das Politische auf die ontologische Ebene und damit die grundsätzliche Konstitution der gesellschaftlichen Machtverhältnisse abzielt, meint die Politik „die Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen [...], durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ (Mouffe 2007: 16). Der Neoliberalismus ist in diesem Zusammenhang insbesondere „a political project aimed to restore capitalist class power in the aftermath of the economic and social crisis of the 1970s“ (Overbeek/Van Apeldoorn 2012: 5). Durch den Neoliberalismus und die damit verbundene Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses ist die antagonistische Note der politischen Auseinandersetzung innerhalb des Kapitalismus somit (wieder) stärker zum Vorschein getreten. Dem Neoliberalismus wohnt somit etwas genuin Politisches inne, was ihn zu einem besonderen Phänomen in der sozialwissenschaftlichen Forschung macht. Dies unterscheidet ihn analytisch dann auch dezidiert von Begrifflichkeiten wie dem Finanzmarktkapitalismus (Dörre/Brinkmann 2005; Windolf 2005), dem Prozess der Ökonomisierung (Schimank/Volkman 2017) oder der daran anschließenden neosozialen Regierungsweise (Lessenich 2008). Daher stellt der pauschale Verzicht der Sozialwissenschaften auf den Terminus Neoliberalismus zunächst ein wenig sinnvolles Unter-

fangen dar, wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse (noch) durch den Neoliberalismus bestimmt sind.

Die vorliegende Ausarbeitung setzt sich daran anknüpfend mit der Frage auseinander, inwiefern der Terminus Neoliberalismus für sozialwissenschaftliche Forschung daher gegenwärtig einen sinnvollen Zugang darstellt, um polit-ökonomische Realitäten und gesellschaftliche Systemzusammenhänge zu beschreiben und dabei gleichzeitig einen kritischen Zugang zur Ökonomie der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation zu bewahren. Dafür wird ein polit-theoretischer Ansatz gewählt, der die oftmals getrennte Analyse der *policy*- und *politics*-Ebene (Lowi 1972) zusammenführt. Während Erstere auf die Dimension (wirtschafts-)politischer Maßnahmen rekurriert, nimmt Letztere eher die politische Auseinandersetzung selbst in den Blick. Für einen zeitgemäßen Gebrauch des Terminus Neoliberalismus ist jedoch eine analytische Synthese der beiden Ebenen vorzunehmen. Die reine Politikfeldanalyse stellt in diesem Zusammenhang eine diskurstheoretische Verkürzung des Begriffs Neoliberalismus dar. Demgegenüber verkennt die Fokussierung auf die (macht-)politische Auseinandersetzung eine mögliche inhaltliche Genese des Neoliberalismus. Nach einer Einführung in die historischen Ursprünge (Kapitel 2) und einer Skizzierung der polit-ökonomischen Theorie des Neoliberalismus (Kapitel 3) erfolgt in den Kapiteln 4 und 5 daher eine praxispolitische Analyse (*policy*-Ebene) des Neoliberalismus. Im Zentrum steht dabei, wodurch der Neoliberalismus praxispolitisch charakterisiert ist und welche wirtschaftspolitischen Entwicklungen gegenwärtig zu beobachten sind. In Kapitel 6 wird die *politics*-Ebene und die diskursive Verwendung des Terminus Neoliberalismus analysiert. Hier wird die Begrifflichkeit dahingehend betrachtet, in welchem macht- und hegemonialtheoretischen Gefüge die kritische Wissenschaft Bezug auf den Neoliberalismus nimmt und mit welchem Zweck der Rekurs auf den Terminus erfolgt. Abgeschlossen wird die Arbeit mit einem Fazit, in dem die beiden Ebenen verbunden werden und ein Vorschlag für den zukünftigen Gebrauch des Terminus Neoliberalismus unterbreitet wird.

## 2. Neoliberale Ursprünge zwischen ökonomischer Theorie und politischer Agenda

Aus historischer Perspektive kann das Walter-Lippmann-Kolloquium im Jahr 1938 als die Geburtsstunde des Neoliberalismus bezeichnet werden (Reinhoudt/

Audier 2018; Slobodian 2019). Hier wurde der Begriff Neoliberalismus für jenes Konzept etabliert, auf das sich die Teilnehmenden als Referenz einer gemeinsamen Vorstellung für einen zeitgemäßen Liberalismus sowie einer geteilten politischen Agenda einigten.<sup>1</sup> Der Hintergrund des Walter-Lippmann-Kolloquiums ist dabei aber nicht zuallererst als eine wirtschaftswissenschaftliche Zusammenkunft zu sehen, sondern als politisch ausgerichtete Veranstaltung, die dezidiert auf die Voraussetzungen einer liberalen Erneuerung ausgerichtet war. So befand sich der klassische Liberalismus ebenso wie die mit ihm verbundene wirtschaftspolitische Ausrichtung des Laissez-Faire spätestens mit Ende des Ersten Weltkrieges in einer existenziellen Krise. Mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre und den Forderungen John Maynard Keynes' nach einer interventionistischen Fiskal- und Geldpolitik geriet die Vorstellung sich selbst regulierender Märkte in ein intellektuelles Hintertreffen. Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 konnte die angeschobene Idee einer internationalen Vernetzung des Neoliberalismus zudem zunächst nur sehr eingeschränkt reüssieren. Erst mit der Gründung der Mont Pèlerin Society (MPS) im Jahr 1947 hat sich der Neoliberalismus als politische Agenda in einer global ausgerichteten intellektuellenvereinigung institutionell verankert. Der Neoliberalismus vereint dabei verschiedene theoretische Strömungen (Ordoliberalismus, Österreichische Schule, Public Choice, Monetarismus), Orte (Freiburg, London, Chicago, Wien) und Persönlichkeiten (Hayek, Eucken, Friedmann, Röpke, Rüstow) neoliberalen Denkens, die eine Neuausrichtung und Revitalisierung des Liberalismus als dezidierte Reaktion auf den sozialdemokratischen Keynesianismus im Westen und den totalitären Kommunismus im Osten im Blick hatten.

Obwohl die Grundsätze zunächst relativ vage geblieben sind (Biebricher 2021: 36) und ein offizielles Manifest des Neoliberalismus fehlt (Mirowski 2015: 57), kann der Neoliberalismus in seiner Entstehung und Ins-

<sup>1</sup> Schulz-Forberg (2020: 170) weist allerdings darauf hin, dass der Begriff zwar auf das Walter-Lippmann-Kolloquium zurückgeht, die ersten Grundsätze allerdings bereits in einem Elitenetzwerk von Intellektuellen und Institutionen des Völkerbundes erarbeitet worden sind. Aus Platzgründen wird auf diese Phase und die mit ihr verbundenen Institutionen, die Schulz-Forberg als Schwangerschaft bzw. Hebammen des Neoliberalismus bezeichnet, nicht eingegangen. Darüber hinaus zeigt auch Walpen (2000), dass Rüstow (1932) in Deutschland und Knight (1934) in den USA bereits vor dem Walter-Lippmann-Kolloquium von einem neuen Liberalismus bzw. einem Neo-Liberalismus sprachen.

tutionalisierung durchaus als *genuin* politische Bewegung verstanden werden. Mit Bezug auf Ludwik Fleck sprechen Dean (2014) und Mirowski (2015) treffend von einem Denkkollektiv, das zwar in seiner inhaltlichen Ausrichtung eine enorme Vielschichtigkeit aufweist (Biebricher 2021), dessen Mitglieder allerdings in einem hohen Maße personell und institutionell verbunden sind (Ötsch et al. 2017). Um den politischen Diskurs in der wissenschaftlichen Forschung und der politischen Praxis nachhaltig zu prägen, setzt sich das neoliberale Denkkollektiv nicht nur aus der MPS als geschlossenem, privatem Debattierclub, sondern auch aus wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen Fachbereichen an Universitäten und Hochschulen, Stiftungen, Thinktanks und Denkfabriken sowie journalistischen Institutionen zusammen. Es handelt sich beim Neoliberalismus in seinem Ursprung daher weder um eine rein ökonomische Theorie noch um ein abstraktes theoretisches Projekt (Ptak 2008: 15). Vielmehr ist der Neoliberalismus aus spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen heraus entstanden und mit der polit-ideologischen Vorstellung angetreten, durch eine Rekonfiguration des Staates und eine marktkonforme Regulierung die liberalen Grundprinzipien Privateigentum, Marktfreiheit und Wettbewerb dauerhaft aufrechtzuerhalten. Der Ursprung des Neoliberalismus kann demnach in einer Verbindung von ökonomischer Theorie und einem dezidiert politischen Projekt verortet werden.

Dieses politische Momentum ist es wiederum, welches die Besonderheit des Begriffes für die kritischen Sozialwissenschaften darstellt. Zwar dient der Neoliberalismus hier insbesondere als ein Begriff der soziologischen Zeitdiagnose oder als eine Blaupause für liberale Wirtschaftstheorien, allerdings wird dabei auch immer auf die politische Motivation hinter den verschiedenen Facetten des Neoliberalismus verwiesen. Anders als viele dem Neoliberalismus nahestehende Begriffe wie z. B. Monetarismus ist der Neoliberalismus dabei nicht nur in der Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftssoziologie und Politischen Ökonomie aufgegriffen worden, sondern eben auch in anderen Sozial- und Geisteswissenschaften. „By contrast, a working understanding of what neoliberalism is seems to have developed in a range of disciplines, with a surprisingly strong degree of confidence about what the concept means“ (Flew 2014: 50). Dem Terminus wohnt daher der Widerspruch zwischen disziplinärer und inhaltlicher Vielfalt und der gleichzeitigen Sicherheit ob eines einheitlichen Konzeptes inne. So weist Biebricher (2021: 7) durchaus selbstkritisch darauf hin, dass der Neoliberalismus

„begrifflich nicht nur weitgehend sinnentleert, sondern zudem mittlerweile dermaßen politisch aufgeladen [ist], dass er eigentlich nur noch als polemisches Instrument in politischen Diffamierungskampagnen taugt“. Angesichts des politisch motivierten Ursprungs des Neoliberalismus ist es aber auch wenig überraschend, dass der Begriff langfristig die bereits angesprochene politische Konnotation erfahren hat (Kapitel 6). Allerdings ist aber auch in einer solchen politischen Gemengelage immer auch eine Konkretisierung des Begriffes notwendig. Andernfalls geraten die kritischen Sozialwissenschaften und ihr wiederkehrender Rekurs auf den Neoliberalismus in ein argumentatives Fahrwasser, das die Selbstzuschreibung kritisch obsolet erscheinen lässt. Diese notwendige inhaltliche Schärfung des Begriffes erfolgt nachfolgend mit Blick auf sein polit-ökonomisches Fundament.

### 3. Neoliberalismus als polit-ökonomische Theorie

Es ist aufgrund der beschriebenen Heterogenität zunächst äußerst schwierig, von *der* polit-ökonomischen Theorie des Neoliberalismus als singulärem Konstrukt oder Gedankengebäude zu sprechen. Jede Annäherung an die theoretischen Grundlagen ist daher immer eine Reduktion auf eine bestimmte Spielart des Neoliberalismus oder aber eine Verkürzung seiner verschiedenen theoretischen Facetten. Wenn im vorliegenden Fall vom theoretischen Neoliberalismus gesprochen wird, ist damit gleichwohl der Versuch verbunden, eine möglichst breite Definition des Neoliberalismus zu präsentieren, um die gemeinsamen Elemente der neoliberalen Strömungen der Österreichischen Schule, des Ordoliberalismus und der Chicago School herauszuarbeiten.<sup>2</sup> Der Begriff *polit-ökonomisch* zur Umschreibung der neoliberalen Theorie wird in diesem Zusammenhang verwendet, um dem Umstand gerecht zu werden, dass der Neoliberalismus nicht als rein ökonomische Theorie zu begreifen ist, sondern eben dezidiert auch als politische Agenda formuliert ist. Simplifiziert lässt sich der Neoliberalismus als Verbindung der deduktiven Überzeugung, dass Märkte anderen ökonomischen Steuerungsmechanismen überlegen sind, und dem politischen Dogma, „demzufolge möglichst viele Bereiche unseres Lebens dem

<sup>2</sup> Es zeigt sich an dieser Stelle recht deutlich, „dass der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt“ (Plehw/Walpen 1999: 206).

ökonomischen Ideal des freien Marktes unterworfen werden sollen“ (Crouch 2018: 17) beschreiben. Zwar setzt sich der Neoliberalismus dezidiert mit dem Markt als dem herausgehobenen Merkmal des Kapitalismus auseinander, allerdings folgt daraus dann weniger eine Abhandlung über die Funktionsweise von Märkten, sondern eine analytische Verteidigung des Marktes und eine normative Rechtfertigung einer Marktgesellschaft. Der Neoliberalismus fragt auf theoretischer Ebene nicht danach, wie Märkte funktionieren, sondern was die Funktionsweise von Märkten bedingt.

Im neoliberalen Verständnis bedarf es hierfür – in Abgrenzung zum klassischen Liberalismus – eines staatlichen Rahmens, der entweder als Ordnungsprinzip (Ordoliberalismus) oder aber als Vorbedingung der spontanen Ordnung des Wettbewerbs (Hayek) fungiert. Der Neoliberalismus ist daher keineswegs mit den politischen Forderungen des ordinären Laissez-Faire-Liberalismus oder der damit verbundenen Dichotomie von Markt und Staat gleichzusetzen. Beim Neoliberalismus geht es eben nicht um die Frage nach mehr oder weniger Staat. Vielmehr ist nach der genauen Rolle des Staates innerhalb des marktwirtschaftlichen Kapitalismus zu fragen. So kann der Staat im Neoliberalismus als aktiv im Sinne einer Schutzfunktion für den privatwirtschaftlichen Markt und als passiv im Sinne eines interventionistischen Leistungsstaates beschrieben werden. Die genaue Differenzierung dieses Staatskonzeptes ist innerhalb des Neoliberalismus durchaus umstritten. Während die beiden bekanntesten Theoretiker des Neoliberalismus Hayek und vor allem auch Friedman staatliche Eingriffe, welche die Funktionsweise des Marktmechanismus unmittelbar beeinflussen können, ablehnen und dadurch sogar monopolistische Tendenzen in Kauf nehmen, kann der Ordoliberalismus als intellektueller Bezugspunkt der marktorientierten Neoliberalen bezeichnet werden, da die ordoliberalen Theorie durchaus Eingriffe des Staates goutiert, wenn dadurch der Markt in seiner Funktionsweise geschützt wird. Gleichzeitig lehnen aber weder Friedman noch Hayek den Staat grundsätzlich ab. So fußt der Monetarismus Friedmans nicht unerheblich auf der geldpolitischen Steuerungsfunktion der staatlichen Zentralbanken. Auch Hayek betont die Notwendigkeit eines staatlichen Rechtsrahmens zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. Der Staat ist in gewisser Hinsicht also aktiv, ohne dabei im keynesianischen Sinne interventionistisch zu sein.

In seinem polit-ökonomischen Fundament formuliert der Neoliberalismus das liberale Verhältnis

von Staat und Markt folglich völlig neu. Staat und Markt werden nicht mehr als notwendige Antipoden des Kapitalismus wahrgenommen, die jeweils unterschiedlichen Handlungsmotiven folgen und dadurch teilweise gegenläufige Ziele im Blick haben. Vielmehr ist der Staat im neoliberalen Denken dem Wohlergehen des privatwirtschaftlichen Marktes unterworfen, sodass der nicht-marktliche Raum dann nur noch als Vorbedingung für die Ermöglichung des funktionierenden Marktprozesses dient. Der Staat kann sich dann entweder aus der ökonomischen Sphäre zurückziehen oder aber er stellt sich in einer aktiven Rolle bedingungslos in den Dienst des Marktes. Es kann daher von einem „Interventionismus im Namen des Nicht-Interventionismus“ oder der „Regulierung im Namen der Nicht-Regulierung“ (Ötsch 2019: 97) gesprochen werden. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von politischen Implikationen, die von einer aktiven staatlichen Ordnungs- und Wettbewerbspolitik über eine restriktive Fiskalpolitik bis zu einer Beschneidung staatlicher Einflussnahme in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, Handelspolitik oder Konjunkturpolitik reichen.

#### 4. Neoliberalismus als politische und gesellschaftliche Praxis

Als wirtschaftspolitische Reaktion auf die in den 1970er-Jahren einsetzende Stagflation, also die Kombination von Arbeitslosigkeit und Inflation, sinkende Wachstumsraten und das Ende des Bretton-Woods-Systems sowie die damit verbundene Krise des Nationalstaates und seiner Handlungsfähigkeiten ist der Neoliberalismus dann auch zu einem praxispolitischen Phänomen geworden. Grundsätzlich ist dieses Phänomen ab den 1980er-Jahren in weiten Teilen der globalisierten Weltwirtschaft in unterschiedlicher Intensität zu beobachten gewesen. Seine Umsetzung wird dabei aber vorwiegend mit der Ära Ronald Reagans in den USA und dem Thatcherismus in Großbritannien in Verbindung gebracht, wobei dabei zwischen einer „Roll-back“- und einer „Roll-out“-Phase unterschieden werden kann (Peck/Tickell 2002; 2007). Während die erste Phase des Neoliberalismus („Roll-back“) auch als Versuch verstanden werden kann, bestehende sozioökonomische Institutionen aufzubrechen und etablierte Legitimationsmuster und Auffassungen (Wohlfahrtsstaat, Gewerkschaften) infrage zu stellen, steht der „Roll-out-Neoliberalismus“ für die konstruktivere Phase neoliberaler Politikmaßnahmen „focused

on the purposeful construction and consolidation of neoliberalized state forms, modes of governance, and regulatory relations“ (Peck/Tickell 2002: 384). In beiden Ländern ist der Neoliberalismus trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und divergierender Umsetzungsstrategien in der ersten Phase zunächst durch eine dezidiert angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Verbindung mit einem massiven Sozialstaatsabbau, erheblichen Steuererleichterungen für Unternehmen und einer ausgeprägten Deregulierung vor allem der Finanzmärkte sowie insbesondere in Großbritannien durch eine strukturelle Entmachtung der Gewerkschaften charakterisiert.

Die zweite Welle des Neoliberalismus ist mit Bill Clinton und den „New Democrats“ sowie Tony Blair und New Labour zwar durch eine unverkennbare Konsolidierung des finanzmarktgetriebenen Akkumulationssystems in Verbindung mit einer Ausweitung von Deregulierungs- und Privatisierungspolitik charakterisiert, allerdings zeigt sich hier gleichzeitig eine gewisse kommunitaristische Rahmung des marktzentristischen Individualismus. Exemplarisch für diesen Aspekt des Neoliberalismus ist vor allem die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die zwar zum Teil eine Ausweitung der staatlichen Hilfen beinhaltete, aber vor allem die wechselseitige Verantwortung von Gesellschaft und Individuum betont. Der Staat nutzt hier seine wohlfahrtspolitische Verantwortung für die systemischen Erfordernisse des privatwirtschaftlichen Marktes, indem staatliche Unterstützungen an ein gesteigertes Maß an Mobilität, Weiterbildung oder Umschulung auf dem Arbeitsmarkt geknüpft sind. In Deutschland sind die beiden Phasen des Neoliberalismus in den 2000er-Jahren unter der rot-grünen Regierung im Rahmen eines *verspäteten* Neoliberalismus<sup>3</sup> durch eine umfangreiche Liberalisierung des Finanzmarktes, massive Steuererleichterungen für Unternehmen und Spitzenverdiener\*innen sowie eine radikale Reform

<sup>3</sup> Richtigerweise kann auch bereits die schwarz-gelbe Koalition in den 1980er- und -90er-Jahren als Vorbote des Neoliberalismus in Deutschland bezeichnet werden. Zwar hat die Regierung Kohl erste Steuererleichterungen und Privatisierungsmaßnahmen, eine Umgestaltung der Studienfinanzierung zuungunsten sozial Benachteiligter oder die Vorbereitung der Einheitlichen Europäischen Akte auf den Weg gebracht, allerdings ist das Ausmaß der rot-grünen Reformmaßnahmen derartig umfangreich und weitreichend, dass Deutschland einen besonderen Pfad bei der Implementierung des Neoliberalismus eingeschlagen hat.

des Sozialsystems gewissermaßen zusammengefallen (Biebricher 2012: 129ff.).

Insgesamt hat sich im Zuge dieser Politikmaßnahmen ein finanzmarktgetriebenes Akkumulationsregime etabliert, das im globalen Norden weniger auf Lohnzuwachsen und hohen Wachstumsraten beruhte, sondern auf einer massiven Verschuldung von Staaten und privaten Haushalten durch die Ausweitung von Konsument\*innenkrediten, der Zunahme von Ungleichheit in Verbindung mit einem strukturellen Bedeutungsgewinn von Profit- und Vermögenswerten (Huffschmid 2002; Streeck 2013). Dabei hat sich zudem das Verhältnis von Lohn- und Kapitaleinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen entwickelt, womit ganz allgemein eine quantitative und qualitative Verschiebung von öffentlichem Vermögen und Industrieproduktion in Richtung Privatvermögen und Finanzdienstleistungen verbunden ist (Heires/Nölke 2011). Während die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zwischen den Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens<sup>4</sup> gesunken ist, zeigt sich innerhalb der Nationalstaaten eine massive Zunahme der Ungleichheit (Piketty 2014). Zudem zeichnete sich eine Ausweitung von finanzwirtschaftlichen Handlungsmotiven und die Zunahme der Bedeutung von Finanzmärkten und -akteuren auf die Politik und Wirtschaft ab (Epstein 2005).

### 5. Wirtschaftspolitische Verschiebungen als Ende des Neoliberalismus?

Grundsätzlich befindet sich der Neoliberalismus – verstanden als eine polit-ökonomische Theorie (Kapitel

<sup>4</sup> Der Globale Süden ist teilweise auch selbst sehr umfassend mit neoliberalen Reformmaßnahmen konfrontiert gewesen. Dabei handelt es sich nicht nur um das berühmte Beispiel Chile, wo Ökonom\*innen der Universität Chicago im Anschluss an den Putsch von General Pinochet maßgeblich an der Implementierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen beteiligt waren, die sich mit der Liberalisierung des Kapitalflusses ausländischer Investitionen, der Reduzierung staatlicher Ausgaben, der Deregulierung diverser Märkte oder der Privatisierung staatlicher Leistungen und Staatseigentum als Blaupause neoliberaler Strukturreformen lesen lassen, sondern auch um weitere Schwellen- und Entwicklungsländer. Währungs- und Staatsschuldenkrise in den 1980er- und 1990er-Jahren zwangen Staaten wie Mexiko, Argentinien und Bolivien zur Deckung ihres Finanzbedarfs die sogenannten Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) umzusetzen. Auch in Teilen Afrikas und Asiens („Tigerstaaten“) sind diese Maßnahmen umgesetzt worden.

3), die wirtschaftspolitisch in unterschiedlicher Intensität global umgesetzt worden ist (Kapitel 4) – ab dem Zeitpunkt seiner praxispolitischen Realisierung und Umsetzung notwendigerweise in einer neuen Phase. Dabei kann die Entwicklung des Neoliberalismus in seiner Post-Umsetzungsphase auf der *policy*-Ebene durch das polit-ökonomische Fundament relativ systematisch nachgezeichnet werden. So wurde dem Neoliberalismus bereits 2008 ein mögliches Ende attestiert. Gemäß Smith (2008) konnte der Zustand des Neoliberalismus schon damals als „dominant but dead“ bezeichnet werden. Ob die neoliberale Ära aber schon vor knapp fünfzehn Jahren mit der Finanz- und Eurokrise tatsächlich an ein Ende gelangt ist, kann mit Blick auf die massive Austeritätspolitik innerhalb der Eurozone erheblich infrage gestellt werden. Angesichts dieser Maßnahmen, die gerade als Reaktion auf das Scheitern der neoliberalen Finanzmarktpolitik auf den Weg gebracht worden sind, scheint wohl eher die Diagnose von Crouch (2011) zutreffend zu sein, der dem Neoliberalismus ein befremdliches Überleben attestierte. Auch Maeße (2020: 123) bezeichnet die Austeritätsmaßnahmen, die während der Eurokrise implementiert worden sind, als die letzte große Welle neoliberaler Politik.

Seit Ende der 2010er-Jahre zeigen sich aber durchaus erkennbar erste Anzeichen einer wirtschaftspolitischen Kursänderung. War die neoliberale Ära in ihrer Marktfokussierung vor allem durch eine ausgeprägte Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, fiskalische Zurückhaltung und eine allgemein passive Rolle des Staates bei der Steuerung des wirtschaftlichen Geschehens geprägt, verschieben sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nun zumindest graduell in Richtung eines nachfrageorientierteren Staatsinterventionismus. Damit sind zwar gleichwohl – anders als von vielen heterodoxen Theorieschulen der Ökonomik gefordert – keine wirklichen keynesianischen Implikationen einer koordinierten Makropolitik verbunden, allerdings werden dadurch einige Glaubenssätze des Neoliberalismus nicht unerheblich infrage gestellt. Insbesondere die im Zuge der Corona-Pandemie auf den Weg gebrachten nachfrageorientierteren Konjunkturpakete zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen Stimulierung der Volkswirtschaften stehen in klarem Kontrast zu der durchaus dogmatischen Ablehnung aktiver Nachfragesteuerung des Neoliberalismus. Hier lassen sich also Anzeichen einer Veränderung der *Fiskalpolitik* erkennen. Auch die Forderung nach umfangreichen staatlichen Investiti-

onsprogrammen, auf deren Notwendigkeit das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bereits Ende 2019 in einer gemeinsamen Studie nachdrücklich hingewiesen haben, zeigen ganz deutlich, dass dem Staat in der polit-ökonomischen Sphäre fiskalisch bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie wieder mehr Bedeutung beigemessen wurde. In der geldpolitischen Dimension zeigt sich die Abkehr vom neoliberalen Dogma sogar seit über zehn Jahren. Die unkonventionelle *Geldpolitik* von EZB und insbesondere auch der FED sind in dieser Hinsicht die dialektische Gegenthese zu der vom Monetarismus und seiner Quantitätstheorie vertretenen Geldmengensteuerung. In der *Arbeitsmarktpolitik* ist in Deutschland durch die von der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP auf den Weg gebrachte Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro eine Stärkung der Binnennachfrage zu erkennen. Damit wird auch auf die bis Mitte der 2000er-Jahre angestiegene Einkommensungleichheit durchaus erkennbar reagiert und die Lohnuntergrenze deutlich angehoben.

Diese Veränderungen sind dabei auch auf eine Diskursverschiebung innerhalb des US-amerikanisch dominierten Mainstreams der Wirtschaftswissenschaften zurückzuführen. So ist dieser mittlerweile stark durch neukeynesianische Ideen geprägt. „Bei der Neuen Keynesianischen Ökonomik handelt es sich um eine Sammlung von Modellen einer mikroökonomisch fundierten Makroökonomik, die überwiegend im Rahmen des neoklassischen Totalmodells [...] zu zeigen versucht, dass bei Rationalverhalten von ökonomischen Agenten in einer Marktökonomie trotzdem keynesianische Ergebnisse möglich sind“ (Hein 2003: 153). Der Neukeynesianismus folgt dabei der neoklassischen Synthese und akzeptiert das Walrasianische Modell des Allgemeinen Gleichgewichts als Referenz, wonach Märkte bei flexiblen Preisen zu einem Gleichgewicht gelangen. In Anlehnung an die neue klassische Makroökonomik akzeptiert der Neukeynesianismus aber wiederum auch die Annahme rationaler Erwartungen und den Anspruch der Mikrofundierung (Heine/Herr 2003: 34ff.). Trotz des neoklassischen Referenzrahmens greift der Neukeynesianismus aber dezidiert das Prinzip der unvollkommenen Märkte bzw. die Annahme monopolistischer Konkurrenz auf. Dabei bezieht man sich vor allem auf die Rigidität von nominellen Preisen und Löhnen, da Unternehmen ihre Preise nicht unmittelbar an veränderte Marktsituationen anpassen können. Das Gleiche gilt auch für die Reaktion von

Löhnen auf Veränderungen am Arbeitsmarkt. Diese Rigiditäten führen auf wirtschaftspolitischer Ebene – in klarer Abgrenzung zur neuen klassischen Makroökonomik – zu der Überzeugung, dass „eine Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch stabilitätspolitische Maßnahmen zumindest kurzfristig reale Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung hat, selbst wenn rationale Erwartungen der Wirtschaftssubjekte unterstellt werden“ (Ziegler 2008: 134). In der kurzen Frist orientiert sich der Neukeynesianismus somit also deutlich an der Idee der fiskal- und geldpolitischen Nachfragesteuerung. Gleichzeitig ist darauf zu verweisen, dass der Neukeynesianismus teilweise auch für Flexibilisierung und Strukturreformen plädiert. „Werden Preise und Löhne weniger starr und passen sich nach Schocks schnell an, dann führt der Markt in diesen Modellen schneller zum Gleichgewicht. [...] Damit werden Neu-Keynesianer auch zu Vertretern umfassender Flexibilisierung und Deregulierung [...] vor allem auch auf dem Arbeitsmarkt. Versagt der Markt [aber] aufgrund mikroökonomisch rationaler Gründe, dann ist Makropolitik gefragt“ (Heine/Herr 2003: 49f.). Insgesamt deutet der Neukeynesianismus allerdings auf eine zumindest in der kurzen Frist mögliche Verschiebung von einem rein angebotsorientierten Neoliberalismus zu einem teilweise nachfrageorientierteren Sozialliberalismus hin.<sup>5</sup>

Auch im deutschsprachigen Raum ist diese wirtschaftswissenschaftliche Entwicklung mittlerweile deutlich zu erkennen. Attestierte der heutige Wirtschaftsweisen Achim Truger den hiesigen Wirtschaftswissenschaften noch zu Beginn der 2000er-Jahre eine klare Ausrichtung auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, kann mittlerweile sogar in der Mainstream-Ökonomik eine sichtbare Verschiebung in Richtung keynesianisch inspirierter Ideen konstatiert werden. Einerseits scheinen sich die Veränderungen in der Makroökonomik in Richtung einer neukeynesianischen Ausrichtung nun auch in Deutschland langsam zu vollziehen. Andererseits ist die wirtschaftspolitische Debatte nun nicht mehr nur durch vornehmlich mikroökonomische und ordnungspolitische Ansätze dominiert, sondern eben auch durch die Makroökonomik, die vor knapp zwei Dekaden beinahe komplett in der

Bedeutungslosigkeit verschwunden war (Truger 2003). Gerade in den zurückliegenden Monaten bildeten mit ebenjenem Achim Truger, Sebastian Dullien vom IMK und Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) drei keynesianische Makroökonomien in Deutschland ein sicht- und hörbares Gegengewicht zur alten Garde der öffentlichen Politikberatung um die Figuren Hans-Werner Sinn, Michael Hüther (IW) oder den ehemaligen Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen Lars Feld.

Gleichwohl findet diese wirtschaftspolitische Akzentverschiebung innerhalb der Volkswirtschaftslehre überwiegend im Rahmen des Mainstream-Paradigmas statt. So wird hier keineswegs das Harmonie- und Stabilitätspostulat des Marktes grundsätzlich infrage gestellt. Von einigen Vertreter\*innen des Mainstreams werden allenfalls kurzfristige Ungleichgewichtssituationen und Marktperfektionen und damit das Gebot der nachfrageorientierten Stabilisierungsperspektive stärker in den Blick genommen, ohne aber das neoklassische Grundverständnis der Marktwirtschaft aufzugeben. Weiterhin gilt, dass Märkte als Steuerungs- und Allokationsmechanismus anderen Koordinationsformen grundsätzlich überlegen sind und nur in Ausnahmefällen staatlich gestützt werden müssen. Diese Vorstellung über das Verhältnis von Markt und Staat lässt sich auch in den angesprochenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Vorschlägen erkennen. Die aufflammende nachfrageorientierte Staatstätigkeit sollte keineswegs als Abgesang auf die marktzentristische Perspektive des Neoliberalismus gedeutet werden. In der radikalen Auslegung des Neoliberalismus bedeutet diese Perspektive zwar tatsächlich vornehmlich die strukturelle Stärkung des Marktes, der lediglich von einem staatlichen Ordnungsrahmen ummantelt ist. Betrachtet man den intellektuellen Beitrag neoliberalen Denkens jedoch etwas weiter gefasst, ist der Marktzentrismus dahingehend zu interpretieren, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen zuallererst hinsichtlich ihres Effektes auf die Funktionsweise privatwirtschaftlicher Märkte zu analysieren sind. So dienen staatliche Maßnahmen hier dann vordergründig dazu, den Markt und insbesondere seine funktionalen Prozesse von Angebot und Nachfrage zu stärken. Dieses neoliberale Momentum ist weiterhin unverkennbar strukturgebend für die aktuelle Wirtschaftspolitik. Staatliche Investitionsprogramme werden eben nicht mit einem sozialpolitischen Fokus auf den Weg gebracht oder als dauerhaft notwendige Staatstätigkeit innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung betrachtet, sondern mit

<sup>5</sup> Des Weiteren erfährt die auch durchaus keynesianisch auslegbare „Modern Money Theory“ in den USA derartig an Aufmerksamkeit, dass mit Stephanie Kelton bereits eine Exponentin im Berater\*innen-Stab von Joe Biden vertreten ist.

dem dezidierten Ziel formuliert, die notwendige Infrastruktur für die ökologischen Herausforderungen der Marktwirtschaft bereitzustellen und die Interessen der privatwirtschaftlichen Marktakteure zu stützen. Dies bereits als neues Paradigma der „Bidenomics“ (Smith 2021) oder als keynesianische Abkehr vom Neoliberalismus zu interpretieren, verkennt allerdings, dass auch gegenwärtig – ungeachtet der angesprochenen Veränderungen im Bereich Fiskal-, Geld- und Arbeitsmarktpolitik – einige grundlegende Aspekte neoliberalen Denkens in den nationalen und europäischen Wirtschaftspolitiken des Globalen Nordens verankert sind.

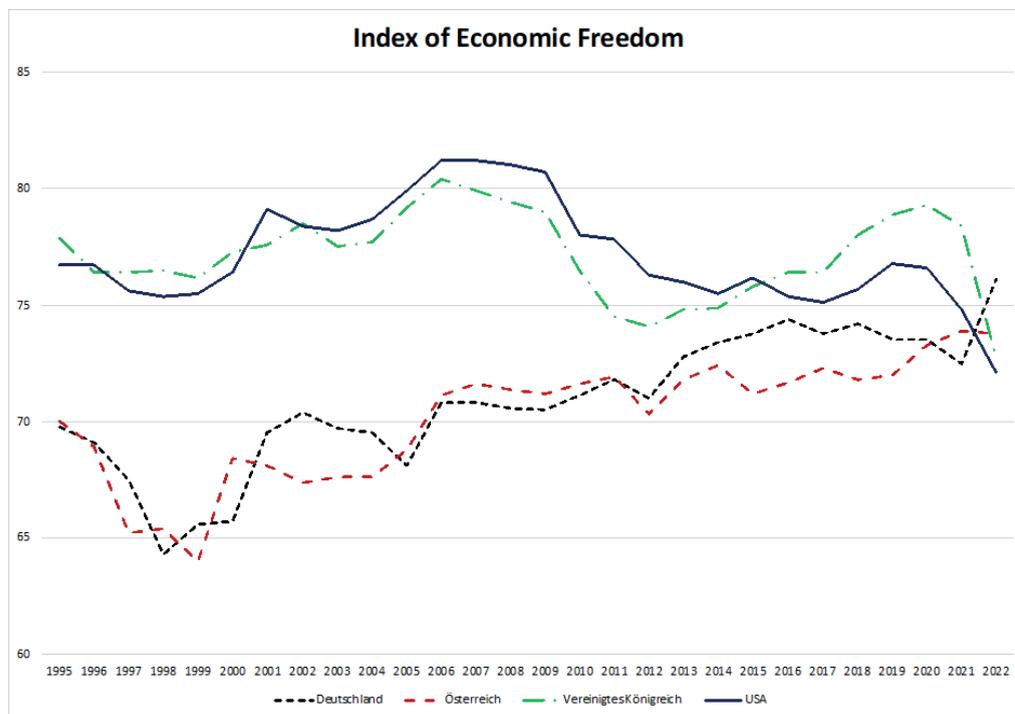
Auf der europäischen Ebene ist der Fokus der *EU-Politik*, trotz des Green Deals von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, vornehmlich auf ordnungs- und wettbewerbspolitische Maßnahmen ausgerichtet (Jessop 2019). Im Hinblick auf *Steuerpolitik und Umverteilung* ist bisher wiederum kaum ein politischer Wille zu erkennen, die nationalen Einkommensungleichheiten nicht nur über arbeitsmarktpolitische Instrumente (Mindestlohn) zu stabilisieren, sondern durch Umverteilungsmaßnahmen oder Steuersenkungen für niedrige und mittlere bzw. -erhöhungen für hohe Einkommensgruppen substantiell zu verringern. Dabei ist auch der vielfach gepriesene deutsche Mindestlohn nur eine Erhöhung der Lohnuntergrenze. Den entscheidenden Faktor für eine egalitärere Lohnpolitik stellt aber die Tarifbindung von Beschäftigungsverhältnissen in Verbindung mit hohen Lohnabschlüssen dar. So sind die Tariflöhne insgesamt im Jahr 2020 zwar nominal um 2,0 Prozent gestiegen, sodass angesichts einer Inflationsrate von 0,5 Prozent ein Reallohnzuwachs von 1,5 Prozent verzeichnet werden konnte (Schulten 2021), allerdings sind die deutschen Lohnabschlüsse im europäischen Vergleich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich unter den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben (Flassbeck/Steinhardt 2018). Darüber hinaus ist auch der Rückgang der allgemeinen Tarifbindung weiterhin ein Strukturproblem des deutschen Arbeitsmarktes. In den alten Bundesländern ist seit 1998 (76 Prozent) ein Rückgang um 23 Prozentpunkten im Jahr 2019 (53 Prozent) zu verzeichnen. Dabei ist der Anteil der Beschäftigten ohne Tarifvertrag allein zwischen 2018 und 2019 und damit in den beiden Jahren vor Beginn der Corona-Pandemie von 43 auf 47 Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 2022). In den Nachbarländern Österreich, Belgien und Frankreich liegt die Tarifbindung dagegen bei über 90 Prozent (Lübker/Schulten 2021: 129). Insgesamt zeigt sich am Beispiel Österreich

aber die Ambivalenz sehr anschaulich, wenn es um wirtschaftspolitische Veränderungen geht. Anders als die deutsche Bundesregierung hat das Bündnis von ÖVP und Grünen in Österreich zwar eine umfassende Steuerreform auf den Weg gebracht. Gleichwohl profitieren hier höhere Einkommen überproportional von der ökosozialen Steuerreform (Momentum Institut 2021), sodass zukünftig eine egalitärere Einkommensverteilung keineswegs zu erwarten ist. Im Hinblick auf die Vermögensverteilung wird in Österreich zudem bekanntlich weder Vermögens- noch Einkommenssteuer erhoben. Auch in Deutschland wird eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine ertragreichere Umgestaltung der Erbschaftssteuer von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag dezidiert nicht in Angriff genommen. Daher bleibt mit dem Phänomen der Ungleichheit weiterhin *das* makroökonomische und soziale Strukturmerkmal des Neoliberalismus bestehen.

Im Hinblick auf die Möglichkeit der Steuerpolitik wird in beiden Ländern aktuell weniger die Umverteilungswirkung diskutiert, sondern vornehmlich die Implementierung einer effizienten CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder eines umfassenden Emissionshandels verfolgt. Der wirtschaftspolitische Beitrag zur *Klimapolitik* erfolgt dann im standardökonomischen Rahmen von Preis- und Mengenregulierung, die allenfalls durch eine Klimadividende sozialpolitisch ergänzt wird. Eine tatsächliche Regulierung und eine staatliche Einhegung von Marktprozessen in Form von Verboten oder Ordnungsrecht werden dabei ebenso wenig wie Prozesse der Dekommodifizierung und Rekommunalisierung ernsthaft in Erwägung gezogen.<sup>6</sup> Somit zeigt sich auch hier die neoliberale Note des Marktzentrismus, da die externen Effekte des Marktes lediglich durch markt-

6 Damit soll keinesfalls behauptet werden, dass die Rekommunalisierung ehemaliger staatlicher Wirtschaftszweige und öffentlicher Daseinsvorsorge nicht auch politisch diskutiert und teilweise umgesetzt worden ist, z. B. Wasserbetriebe und das Stromnetz in Berlin. Das Beispiel der Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zeigt zudem, dass Eigentumsfragen durch politischen Aktivismus zumindest auf lokaler Ebene (wieder) in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt werden können. Die offenkundige Verzögerung der rot-rot-grünen Landesregierung im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung des Volksentscheides zeigt wiederum sehr deutlich, dass die Konzepte der handelnden Parteien offenbar weiterhin durch ein standardökonomisches Bild von Angebot und Nachfrage und das wohnungspolitische Mantra „Bauen, Bauen, Bauen“ verengt sind.

Grafik 1: Entwicklung des Index of Economic Freedom für ausgewählte Länder



Quelle: The Heritage Foundation (2022)

wirtschaftliche Mechanismen internalisiert werden sollen. Darüber hinaus sind die angesprochenen fiskalischen Veränderungen auf der europäischen Ebene durch die Maastricht-Kriterien und auf der bundesdeutschen Ebene durch die Schuldenbremse institutionell eingeschränkt (Hüther/Südekum 2019; 2020). Eine dauerhafte Abkehr von einer neoliberalen *Fiskalpolitik* ist daher nur bedingt möglich, solange die Elemente des Public-Choice-Ansatzes (Buchanan/Wagner 1977) konstitutionell verankert sind. Ganz allgemein ist staatliche Politik nicht nur aufgrund dieser verfassungsrechtlichen Konstellation immer stärker mit der institutionellen Verengung der eigenen Handlungsspielräume konfrontiert. So ist eine Transformation von Staatlichkeit und eine Neugestaltung von politischen Steuerungsprozessen unter Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure zu beobachten (Krumm 2016). Die Grenze zwischen staatlichem, zivilgesellschaftlichem und privatwirtschaftlichem Raum verschwimmt zusehends, da ehemals rein öffentliche Güter und Dienstleistungen nun in einem zum Teil vielschichtigen Prozess zwischen staatlichen Institutionen, privatwirtschaftlichen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bereitgestellt werden. Instrumente wie Public Private Partnerships dienen dabei als Lösungsinstrumente, um die vermeintlich strukturellen Defizite öffentlicher

Verwaltungen zu beheben, indem staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Integration privatwirtschaftlicher Akteure in den Prozess des Regierens unter anderen Handlungslogiken und -maximen vollführt werden (Engartner 2016). Dadurch verfestigt sich der Neoliberalismus institutionell und etabliert einen Herrschaftsanspruch, da nicht-marktwirtschaftliche Gestaltungsspielräume sukzessive eingeschränkt und verunmöglicht werden (Biebricher 2012).

Der vom konservativen US-Thinktank The Heritage Foundation und dem „Wall Street Journal“ jährlich veröffentlichte *Index of Economic Freedom* deutet derweil ebenfalls darauf hin, dass das Kernanliegen des Neoliberalismus, die ökonomische Freiheit – hier verstanden als Kombination aus Rechtsstaatlichkeit, Staatsgröße, effizienter Regulierung und offener Märkte – in den vergangenen rund zehn Jahren in Deutschland und Österreich gestiegen ist. Auch für das Vereinigte Königreich, als eines der beiden Mutterländer des Neoliberalismus, ist nach einem Rückgang im Nachgang der Finanzkrise ein kontinuierlicher Aufwärtstrend zu beobachten. Erst durch die Corona-Pandemie ist der Index für das Jahr 2022 merklich zurückgegangen. Für die USA kann hingegen seit Ende der 2000er-Jahre ein substanzielles Absinken des Indexwertes bis Mitte der 2010er-Jahre und ein leichtes Ansteigen

bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie beobachtet werden (Grafik 1). Für das Jahr 2022 weist der Index aktuell die paradoxe Situation auf, dass die beiden kontinentaleuropäischen Länder einen höheren Index als das Vereinigte Königreich und die USA aufweisen. Während in Deutschland und Österreich – aus Perspektive eines konservativen US-Thinktanks – folglich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Freiheit zu beobachten ist, gilt für die anderen beiden Länder, dass die nationalen Entwicklungen im Zuge von Corona, der Präsidentschaft Donald Trumps oder des Brexit zu Veränderungen in der wirtschaftspolitischen und rechtsstaatlichen Wahrnehmung geführt haben dürften.

Somit deutet der Index of Economic Freedom aber nicht darauf hin, dass die Periode zwischen Finanzkrise und Corona-Pandemie tatsächlich als der Anfang vom Ende des Neoliberalismus bezeichnet werden kann. Es scheint sich bei der neuen wirtschaftspolitischen Normalität vielmehr um eine paradoxe Sachlage zu handeln. Während durchaus einige neoliberale Merkmale zumindest kurzfristig in die Defensive geraten sind, bleiben die langfristigen Konsequenzen der neoliberalen Politik der Vorkrisen-Dekaden sehr tief in den Strukturen der (globalen) Ökonomie verankert (Maefße 2020: 142).

Insgesamt stehen sich also zwei teils konträre Entwicklungen gegenüber: eine wirtschaftspolitische Richtungsveränderung auf der einen und eine institutionelle und gesellschaftliche Perpetuierung neoliberaler Strukturen auf der anderen Seite. Betrachtet man dabei vorwiegend die wirtschaftspolitischen Ideen und Maßnahmen der vergangenen Jahre, scheint es unter Bezug auf Streeck (2021) durchaus treffend, von einem ausgehenden Neoliberalismus zu sprechen. Entscheidend für diese Beschreibung ist allerdings, dass es sich bei den politischen Reaktionen auf die Corona-Pandemie tatsächlich auch um eine langfristige, paradigmatische Verschiebung in der Wirtschaftspolitik handelt, die darüber hinaus auch zu einer Veränderung der ökonomischen Strukturen führt. Durch die Implementierung von mikroökonomisch fundierten Mechanismen der Marktgestaltung sowie einer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung auf die Interessen privatwirtschaftlicher Unternehmen wird die stärkere Betonung von makroökonomischen Politikmaßnahmen gleichwohl (neo-)liberal gerahmt. Wenn es sich dabei zudem nur um ein temporäres Wiederaufleben keynesianisch gefärbter Ideen handeln sollte, die nicht mit substanziellen Veränderungen auf der strukturellen Ebene verbunden

sind, würde die These eines ausgehenden Neoliberalismus einem analytischen Euphemismus gleichen. Da aber insgesamt noch unklar ist, welche wirtschaftspolitische Stoßrichtung (keynesianisch orientierte Makropolitik vs. mikroökonomisches Marktdesign) sich nach der Ära des Neoliberalismus als neue, dominante Doktrin durchsetzen wird, ist sinnvollerweise von einem *post-neoliberalen Interregnum* mit einem nachfrageorientierten Antlitz zu sprechen. Es handelt sich aktuell in gewisser Weise um eine politische Übergangsphase, um eine Zeit also zwischen dem Abdanken einer bestimmten Wirtschaftspolitik und der Amtsübernahme seiner ideologischen Nachfolgerin.

## 6. Die politische Verwendung des Terminus Neoliberalismus

Die Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklungen der vergangenen Dekade macht zunächst deutlich, dass ein differenzierter Gebrauch des Terminus Neoliberalismus notwendig erscheint. So ist ganz grundsätzlich zu bedenken, dass nicht jede Wirtschaftspolitik, die keinen kapitalismuskritischen Grundton an den Tag legt, als neoliberal bezeichnet werden sollte. Gleichzeitig ist es aber keineswegs falsch, an einigen Stellen der Wirtschaftspolitik – unter dem erforderlichen theoretischen Bezug – weiterhin vom Neoliberalismus zu sprechen. Insbesondere ist es geboten, den Einfluss neoliberaler Politik auf aktuelle ökonomische Strukturen und gesellschaftliche Missstände deutlich zu machen.

Betrachtet man den Neoliberalismus allerdings nur auf der *policy*-Ebene, wird seine besondere diskursive Note auf der *politics*-Ebene nur unzureichend in den Blick genommen. So ist gegenwärtig nicht von der Hand zu weisen, dass die Verwendung des Begriffes – vor allem in der kritischen Wissenschaft – mit einer tendenziell negativen Einstellung gegenüber den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Neoliberalismus verbunden ist. Trifft der Begriff dann auf einen Kontext, in welchem diese inhaltliche Ablehnung nicht geteilt wird, führt dies unweigerlich dazu, dass die Aussagen hier nicht mehr als wissenschaftliche Beschreibungen aufgegriffen, sondern als politisch motivierte Polemik diskreditiert werden. Für Kritiker\*innen der Neoliberalisierungsthese ist der Gebrauch des Begriffes Neoliberalismus mit der „tendency [...] to treat it as a phenomenon which manifests itself everywhere and in everything“ (Gamble 2001: 134) verbunden. Hier wird dann vom „Elend der

Neoliberalismuskritik“ (Wilke 2003: 184) gesprochen, da „der Begriff des Neoliberalen [...] hoffnungslos politisiert und seiner ursprünglichen Bedeutung entfremdet“ (Heuser 2003: 800) ist. Im liberal-konservativen Raum und in den tradierten Wissenschaften werden Beiträge, die einen semantischen Bezug zum Terminus vornehmen, als nicht-wissenschaftlich eingestuft. Der begriffliche Rekurs auf den Neoliberalismus führt hier folglich zu einer *epistemischen Deklassierung*. Inhaltliche Aussagen werden dann nicht danach bewertet, welchen erkenntnistheoretischen Mehrwert diese liefern, sondern als unwissenschaftlich deklariert. Die Wissenschaftlichkeit wird einer Aussage bereits abgesprochen, bevor über ihren inhaltlichen Kern befunden werden könnte. Im sozialen Raum der Wissenschaft beruht diese Herabstufung von Personen und Inhalten auf dem diskursiven Mechanismus der Deklassifizierung, da Aussagen mit einem semantischen Bezug auf den Neoliberalismus der eigentlichen wissenschaftlichen Klassifikation entzogen werden.

Auch innerhalb der kritischen Wissenschaft ebenso wie der politischen Linken ist dieser Herabstufungsmechanismus zu beobachten. Als eine „all-purpose denunciatory category“ (Flew 2014: 51) erzeugt der Bezug auf den Terminus Neoliberalismus hier allerdings einen Mechanismus, der spiegelbildlich zur oben stehenden, epistemischen Deklassierung verfährt. So wird hier nicht den Kritiker\*innen des Neoliberalismus selbst die wissenschaftliche Legitimation entzogen, vielmehr werden diejenigen Personen, Strukturen und Phänomene, die mit dem Neoliberalismus assoziiert sind, nun aus einer normativen Perspektive deklassiert (*normative Deklassierung*). Der Neoliberalismus ist dann ein Signalwort, um eine grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen vier Dekaden zum Ausdruck zu bringen. Norton (2001: 65) bezeichnet die Verwendung des Terminus Neoliberalismus daher zwar recht pointiert, aber durchaus nicht falsch als „a leftist version of the secret handshake; a signal that the reader is with fellow travelers“.

In einem kritischen Selbstverständnis von Wissenschaft ist es allerdings zwingend notwendig, eine solche Verwendung einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Dabei ist zunächst die Rolle von Wissenschaft in der politischen Sphäre in den Blick zu nehmen. Ganz grundsätzlich wird Wissenschaft als vermeintlich wertneutraler, nicht-interessenbestimmter Bereich im Zuge von strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft eine besondere Rolle in der politischen Auseinandersetzung zuteil. So haben die ökonomischen

Entwicklungen der neoliberalen Globalisierung nicht nur Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bewirkt. Vielmehr waren damit auch kulturelle und soziale Entgrenzungen verbunden, die zu einer globalen Entfaltung sozialer Beziehungen, kultureller Praktiken und organisatorischer Formate geführt haben (Robertson 1992). In der Folge erschienen etablierte Problemlösungsstrategien, z. B. das sozialdemokratische Modell der Nachfragesteuerung, als nicht mehr durchführbar. Zudem konnten auch traditionelle Autoritäten nicht mehr als Legitimationsquelle fungieren, sodass Wissenschaft und Expert\*innenwissen an ihre Stelle getreten sind (Münch 2009), da sie durch ihr intersubjektiv nachprüfbares Vorgehen diskursiv infrage gestellt werden können. Dadurch werden Wissenschaft und das von ihr bereitgestellte Wissen zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor, der auch in der politischen Auseinandersetzung genutzt wird, indem die Wissenschaft als epistemische Autorität (Kessler/Wilhelm 2014) politische Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse ideologisch stützen und diskursiv legitimieren kann.

Wissenschaft ist somit dezidiert Teil des gesellschaftlichen Machtfeldes und damit auch strukturell in politische Aushandlungsprozesse eingebunden. Welche Auswirkungen hat dieser politische Bedeutungsgewinn von Wissenschaft dann einerseits auf den Modus der Politik und andererseits auf das Politische selbst? Zwei mögliche Interpretationen sind in diesem Zusammenhang gangbar. Durch den politischen Rekurs auf die Macht des (wissenschaftlichen) Wissens werden politische Krisen und Konflikte zusehends als epistemische Probleme betrachtet. In dieser Lesart kommt es dann zu einer vermeintlichen Auflösung der ontologischen Basis des Politischen. In Anlehnung an Laclau und Mouffe (2014) liegt das grundlegende ontologische Charakteristikum des Politischen in seiner antagonistischen Dimension, sodass grundsätzlich immer Interessengruppen aufeinandertreffen, die durch ihre Inkommensurabilität und Gegensätzlichkeit charakterisiert sind. Infolge der „Epistemisierung des Politischen“ (Bogner 2021) wird der gesellschaftliche (Klassen-)Konflikt dann nicht mehr durch gegenläufige Interessen, sondern durch einen neuen, einen epistemischen Antagonismus zwischen Wissen und Nicht-Wissen bestimmt. Divergierende Interessen, Wirklichkeitsbezüge sowie Werte und Normen rücken dann in den Hintergrund.

Geht man allerdings davon aus, dass das ontologische Fundament des Politischen durch das Zusam-

menspiel von Wissenschaft und Politik unberührt bleibt, verschleiert der Einfluss der Wissenschaft den eigentlichen Wertekonflikt durch den Fokus auf einen (vermeintlichen) Wissenskonsens. Zwar mag es innerhalb der Wissenschaft und ihrer verschiedenen Disziplinen durchaus an einigen Stellen einen epistemischen Konsens geben, allerdings sind Fakten und Meinungen, Wissen und Werte auf dem politischen Feld nicht vollständig zu unterscheiden (Peters/Barker 1993: 4). Streng genommen sind objektive Fakten und epistemische Wahrheiten im politischen Entscheidungsprozess von untergeordneter Bedeutung, da wissenschaftliches Wissen auf dem politischen Feld immer unter subjektiven Interessen und normativen Gesichtspunkten interpretiert wird. Somit bleibt das Politische durch die Integration von Wissenschaft unberührt. Zu einer Veränderung kommt es dagegen im Hinblick auf den Modus von Politik, da sich politische Entscheidungen tatsächlich immer stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren, ohne dass sich dadurch Wertekonflikte aber gänzlich auflösen. Die Diskursive Politische Ökonomie (Maeße 2015) betont in diesem Zusammenhang, dass gerade die polit-ökonomische Sphäre immer stärker durch die Deutungshoheit über (ökonomische) Wissenszusammenhänge bestimmt ist. In diesem Zusammenhang zeigen sich zwei Einflusskanäle von Wissenschaft auf Politik. Zunächst steht die Wissenschaft der Politik in einem beratenden Verhältnis gegenüber. Hier ist dann die wissenschaftliche Ad-hoc-Beratung gemeint, z. B. durch Forschungsaufträge, Gutachten oder Anhörungen oder durch formelle Institutionen der wissenschaftlichen Politikberatung. Darüber hinaus treten öffentliche Wissenschaftler\*innen abseits der formellen Politikberatung in Medien auf, die als diskursiver Raum zwischen Politik und Wissenschaft betrachtet werden können, sodass eine Differenzierung zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer Meinungsbildung zusehends verschwimmt. Insgesamt steht Wissenschaft dann in einem gestaltenden Verhältnis zur Politik, sodass sie im Sinne der Performativität ihren Beobachtungsgegenstand nicht nur beschreibt, sondern an dessen (Ko-)Konstruktion aktiv beteiligt ist.

Auf Grundlage dieses gesellschaftstheoretischen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik ist dann auch der Gebrauch des Terminus Neoliberalismus zu bewerten. So ist auch die kritische Wissenschaft strukturell in den Modus von Politik eingebunden und damit auch in den Aushandlungsprozess divergierender Interessen. Gerade aufgrund dieser anta-

gonistischen Dimension politischer Konflikte ist die Wissenschaft aber keineswegs durch das ihr zugeschriebene Wertneutralitätspostulat von einer sozialen Parteinahme entbunden. Durch die Integration in den politischen Aushandlungsprozess trägt das Subsystem Wissenschaft entweder zu einer Perpetuierung oder aber zu einer Veränderung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse bei. Da der Neoliberalismus selbst wiederum als ein „Instrument zur Restauration der Klassenmacht“ (Harvey 2007: 43) bezeichnet werden kann, hat er ganz wesentlich zu einer Machtverschiebung im polit-ökonomischen Kräfteverhältnis beigetragen. Gerade daher bedarf es eines *politischen* Begriffes, der einen dezidierten Wertebezug für eine kritische Wissenschaft bereitstellt, welche die herausgehobene Rolle von Wissenschaft als legitimationsstiftende und handlungsleitende Autorität für eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse nutzen will. In diesem Zusammenhang ist der negativ konnotierte Gebrauch des Terminus Neoliberalismus ein dezidiert politisches Vehikel zur Delegitimierung bestehender hegemonialer Strukturen. Die damit verbundene normative Deklassierung greift das antagonistische Verständnis des Politischen auf und macht die Konfliktstellung divergierender Interessen in der kapitalistischen Gesellschaftsformation deutlich.

## 7. Fazit

Zusammenfassend betrachtet hat der Neoliberalismus einen interessanten Werdegang vollzogen. Als theoretische Neuformulierung des klassischen Wirtschaftsliberalismus mit einer klaren politischen Agenda gestartet, hat er ab den 1980er-Jahren als schleichende Revolution (Brown 2015) global Einzug in Wirtschaft und Gesellschaft gehalten. Angesichts der sich abzeichnenden post-neoliberalen Verschiebungen in den Wirtschaftspolitiken des Globalen Nordens ist auf der *policy*-Ebene in einigen Aspekten (Investitions- und Fiskalpolitik, Geldpolitik, Mindestlohn) von einem Aufbrechen wirtschaftsliberaler Dogmen zu sprechen. Zu den wirtschaftspolitischen Veränderungen zählen aber eben keine substanzielleren Maßnahmen mit dezidiert anti-neoliberaler Ausrichtung wie eine Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, eine sozial-ökologische Systemtransformation oder eine progressive Steuerpolitik mit Umverteilungseffekten. Ob es sich bei den skizzierten Veränderungen daher um eine Metamorphose des (neoliberalen) Kapitalismus oder aber um eine Veränderung grundlegender Strukturmerk-

male der bestehenden Wirtschaftsordnung handelt, ist zukünftig Aufgabe der kritischen Sozialwissenschaften.

Die wirtschaftspolitischen Veränderungen auf der *policy*-Ebene stehen allerdings nicht notwendigerweise auch mit einer diskursiven Abkehr vom Gebrauch des Neoliberalismus in Verbindung. Auf der *politics*-Ebene muss es der kritischen Wissenschaft im Kontext der skizzierten Verbindung von Wissenschaft und Politik gelingen, die mit dem *post-neoliberalen Interregnum* verbundenen wirtschaftspolitischen Veränderungen inhaltlich greifbar zu machen und gleichzeitig die existierende antagonistische Konfliktstellung des Politischen durch den Terminus Neoliberalismus weiterhin zu adressieren. Dabei gilt es aber, den Begriff eben nur für jene Kontexte zu verwenden, in denen unter Bezug auf seine theoretischen Prämissen weiterhin Formen des real existierenden Neoliberalismus beobachtet werden können. Auf den Begriff zu verzichten, würde dagegen ein Eingeständnis gegenüber jenen Vorstellungen bedeuten, die fortwährend auf die vermeintliche Neutralität von Wissenschaft rekurrieren. Statt von Kapitalismus und Neoliberalismus nun von Ökonomie oder (sozialer) Marktwirtschaft zu sprechen, wäre dann in gewisser Weise eine Affirmation der hegemonialen Diskursmacht.

### Literatur

- Biebricher, T. (2012): *Neoliberalismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Biebricher, T. (2021): *Die politische Theorie des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Boas, T. C./Gans-Morse, J. (2009): Neoliberalism: From new liberal philosophy to anti-liberal slogan. *Studies in comparative international development*, 44 (2), 137–161.
- Bogner, A. (2021): *Die Epistemisierung des Politischen: Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen: Reclam.
- Brenner, N./Theodore, N. (2002): Cities and the geographies of „actually existing neoliberalism“. *Antipode*, 34 (3), 349–379.
- Brown, W. (2015): *Die schleichende Revolution: Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Buchanan, J. M./Wagner, R. E. (1977): Democracy in Deficit. In: Buchanan, J. M. (Hg.): *The Collected Works of James M. Buchanan Volume 8: Democracy in Deficit: The Political Legacy of Lord Keynes*. New York: Academic Press, 1–201.
- Butterwege, C./Lösch, B./Ptak, R. (2008): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Crouch, C. (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2018): *Ist der Neoliberalismus noch zu retten?* Berlin: Suhrkamp.
- Dean, M. (2014): Rethinking neoliberalism. *Journal of Sociology*, 50 (2), 150–163.
- Dörre, K./Brinkmann, U. (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 45, 85–116.
- Engartner, T. (2016): *Staat im Ausverkauf: Privatisierung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Epstein, G. A. (2005): *Financialization and the world economy*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Flassbeck, H./Steinhardt, P. (2018): *Gescheiterte Globalisierung: Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates*. Berlin: Suhrkamp.
- Flew, T. (2014): Six theories of neoliberalism. *Thesis eleven*, 122 (1), 49–71.
- Gamble, A. (2001): Neo-liberalism. *Capital & class*, 25 (3), 127–134.
- Harvey, D. (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Hein, E. (2003): Reale und monetäre Analyse: Post-Keynesianismus und Neu-Keynesianismus im Vergleich. In: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hg.): *Neu-Keynesianismus – der neue wirtschaftspolitische Mainstream?* Marburg: Metropolis, 135–176.
- Heine, M./Herr, H. (2003): Der Neu-Keynesianismus als neues makroökonomisches Konsensmodell: Eine kritische Würdigung. In: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hg.): *Neu-Keynesianismus – der neue wirtschaftspolitische Mainstream?* Marburg: Metropolis, 21–53.
- Heires, M./Nölke, A. (2011): Finanzkrise und Finanzialisierung. In: Kessler, O. (Hg.): *Die internationale Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heuser, U. J. (2003): Neoliberalismus: Ein Gespenst geht um in Deutschland. *Merkur*, 57 (653–654), 800–806.
- Huffschmid, J. (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA.
- Hüther, M./Südekum, J. (2019): Die Schuldenbremse – Eine falsche Fiskalregel am falschen Platz. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 20 (4), 284–291.
- Hüther, M./Südekum, J. (2020): Die Schuldenbremse nach der Corona-Krise. *Wirtschaftsdienst*, 100 (10), 746–752.
- Jessop, B. (2019): Ordoliberalism and neoliberalization: Governing through order or disorder. *Critical Sociology*, 45 (7–8), 967–981.
- Kessler, O./Wilhelm, B. (2014): Finanzialisierung und die Performativität des Schattenbanksystems. In: Nölke, A./Heires, M. (Hg.): *Politik der Finanzialisierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knight, F. H. (1934): Economic Theory and Nationalism. In: Knight, F. H. (Hg.): *The Ethics of Competition*. New Brunswick-London, 269–351.

- Krumm, T. (2016): *Staatlichkeit im Wandel: Öffentlich-private Partnerschaften im internationalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2014): *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics*. London: Verso.
- Lessenich, S. (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Lowi, T. J. (1972): Four Systems of Policy, Politics, and Choice. *Public Administration Review*, 32 (4), 298–310.
- Lübker, M./Schulten, T. (2021): WSI-Mindestlohnbericht 2021: Ist Europa auf dem Weg zu angemessenen Mindestlöhnen? *WSI-Mitteilungen*, 74 (2), 127–139.
- Maeße, J. (2015): Economic experts. A Discursive Political Economy of Economics. *Journal of Multicultural Discourses*, 10 (3), 279–305.
- Maeße, J. (2020): Post-neoliberalism in Europe? How economic discourses have changed through COVID-19 pandemic. *Post-filosofie*, 13, 119–145.
- Mirowski, P. (2015): *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Momentum Institut (2021): *Steuerreform: Die Pläne im ersten Check*. Online: <https://www.momentum-institut.at/steuerreform> [15.03.2022].
- Mouffe, C. (2007): Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mudge, S. L. (2008): What is neo-liberalism? *Socio-Economic Review*, 6 (4), 703–731.
- Münch, R. (2009): *Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Norton, A. (2001): Naming the right: From the new right to economic rationalism to neoliberalism. *Quadrant*, 45 (12), 62–65.
- Ötsch, W. O. (2019): *Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus*. Marburg: Metropolis.
- Ötsch, W. O./Pühringer, S./Hirte, K. (2017): *Netzwerke des Marktes: Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Overbeek, H./Van Apeldoorn, B. (2012): *Neoliberalism in Crisis*. Basingstoke: Palgrave.
- Peck, J./Tickell, A. (2002): Neoliberalizing space. *Antipode*, 34 (3), 380–404.
- Peck, J./Tickell, A. (2007): Conceptualizing neoliberalism, thinking Thatcherism. In: Leitner, H./Peck, J./Sheppard, E. S. (Hg.): *Contesting neoliberalism: Urban frontiers*. New York: Guilford Press, 26–50.
- Peters, G. B./Barker, A. (1993): Governments, Information, Advice and Policy-Making. In: Peters, G. B./Barker, A. (Hg.): *Advising West European Governments*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1–19.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- Plehwe, D./Walpen, B. (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus: Beiträge der Mont Pèlerin Society und markt-radikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 29 (115), 203–235.
- Ptak, R. (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwege, C./Lösch, B./Ptak, R. (Hg.): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: Springer VS, 13–133.
- Reinhoudt, J./Audier, S. (2018): *The Walter Lippmann Colloquium. The Birth of Neo-Liberalism*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Robertson, R. (1992): *Globalization: social theory and global culture*. London: Sage.
- Rüstow, A. (1932): Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus. In: Rüstow, A. (Hg.): *Rede und Antwort*. Ludwigsburg: Martin Hoch, 249–258.
- Schimank, U./Volkman, U. (2017): Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, A. (Hg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schulten, T. (2021): Tarifpolitischer Jahresbericht 2020: Tarifpolitik unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. *WSI-Mitteilungen*, 74 (2), 140–150.
- Schulz-Forberg, H. (2020): Embedded Early Neoliberalism: Transnational Origins of the Agenda of Liberalism Reconsidered. In: Plehwe, D./Slobodian, Q./Mirowski, P. (Hg.): *Nine Lives of Neoliberalism*. London: Verso.
- Slobodian, Q. (2019): *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Smith, N. (2008): Neo-liberalism: Dominant but dead. *Focaal*, 51, 155–157.
- Smith, N. (2021): Bidenomics: Ein neues Paradigma für eine neue Zeit. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5, 57–64.
- Statistisches Bundesamt. (2022): *Tarifbindung von Arbeitnehmern*. Online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbindung-arbeitnehmer.html> [15.03.2022].
- Streeck, W. (2013): *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, W. (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- The Heritage Foundation (2022): *2022 Index of Economic Freedom*. Online: <https://www.heritage.org/index/> [15.03.2022].
- Truger, A. (2003): Der missachtete Mainstream. Die deutsche wirtschaftspolitische Debatte leidet weniger unter dem Neu-Keynesianismus als unter seiner fast völligen Missachtung. In: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hg.): *Neu-Keynesianismus – der neue wirtschaftspolitische Mainstream?* Marburg: Metropolis, 245–278.
- Walpen, B. (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. *Utopie kreativ*, 121/122, 1066–1079.

- Wilke, G. (2003): *Neoliberalismus*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Windolf, P. (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus: Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 45.
- Ziegler, B. (2008): *Geschichte des ökonomischen Denkens. Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre*. München: Oldenbourg.